

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Heidrun Bluhm-Förster, Dr. Gesine Löttsch, Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/26297 –**

Bundesförderfonds für Forschung und Lehre im ländlichen Raum auflegen

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass ländliche und strukturschwache Regionen in der Bundesrepublik Deutschland häufig von Abbau- und Schrumpfungsprozessen der wirtschaftlichen, technischen sowie der sozialen Infrastruktur, die von gravierenden demografischen Veränderungen begleitet werden, geprägt sind. Diese nach Angaben der Antragsteller seit Jahrzehnten anhaltende und sich weiter vertiefende Tendenz wird ihnen zufolge in ihren vielfältigen gesellschaftlichen Auswirkungen noch verstärkt durch entgegengesetzte Prozesse von wachsender Überbevölkerung, zunehmender klimatischer Belastung, extremer Verknappung von Wohn- und Arbeitsraum sowie kollabierenden Verkehrssystemen in großen Städten und urbanen Ballungsräumen. Die Antragsteller legen dar, dass ihrer Ansicht nach im ländlichen Raum keine Forschungs- und Bildungsstrukturen, die sich unmittelbar mit der Erforschung von Arbeits- und Lebensbedingungen, mit der theoretischen Erfassung des Entwicklungsbedarfs in ländlichen Räumen sowie mit der Erschließung neuer Potenziale zu dessen nachhaltiger Deckung aus eigener Produktivkraft befassen, existieren.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/26297 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, in einem ersten Schritt, beginnend in der 20. Legislaturperiode (des Deutschen Bundestages), einen zweckgebundenen ressortübergreifenden Förderfonds vorrangig aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) sowie aus Förderprogrammen des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) aufzulegen. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, auf Basis von und parallel zu den Erkenntnissen der Forschungszentren, der entwickelten Förderarchitektur sowie mit den Mitteln des ressortübergreifenden Förderfonds in einem zweiten Schritt insbesondere den Bundesländern zu ermöglichen, über Verwaltungsver-

einbarungen und Kofinanzierungskonzepte zwischen Bund und Ländern entsprechende dem Bedarf angemessene Forschungs- und Ausbildungsstrukturen in den ländlichen Gebieten zu realisieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/26297 abzulehnen.

Berlin, den 3. März 2021

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Alois Gerig
Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron
Berichtersteller

Hiltrud Lotze
Berichterstellerin

Wilhelm von Gottberg
Berichtersteller

Nicole Bauer
Berichterstellerin

Heidrun Bluhm-Förster
Berichterstellerin

Harald Ebner
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Dr. Michael von Abercron, Hiltrud Lotze, Wilhelm von Gottberg, Nicole Bauer, Heidrun Bluhm-Förster und Harald Ebner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 209. Sitzung am 11. Februar 2021 den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 19/26297** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass ländliche und strukturschwache Regionen in der Bundesrepublik Deutschland häufig von Abbau- und Schrumpfungsprozessen der wirtschaftlichen, technischen sowie der sozialen Infrastruktur, die von gravierenden demografischen Veränderungen begleitet werden, geprägt sind. Durch Marktregulierung allein können sich laut der Antragsteller keine adäquaten, die Strukturbrüche ausgleichenden oder progressiv ersetzenden neuen Wirtschaftsformen herausbilden. Insbesondere in Ostdeutschland hat sich dies in den Worten der Fraktion DIE LINKE. in verheerender Weise seit den 1990er Jahren gezeigt.

Diese nach Angaben der Antragsteller seit Jahrzehnten anhaltende und sich weiter vertiefende Tendenz wird ihnen zufolge in ihren vielfältigen gesellschaftlichen Auswirkungen noch verstärkt durch entgegengesetzte Prozesse von wachsender Überbevölkerung, zunehmender klimatischer Belastung, extremer Verknappung von Wohn- und Arbeitsraum sowie kollabierenden Verkehrssystemen in großen Städten und urbanen Ballungsräumen.

Diese Tendenzen und Entwicklungsdefizite sind nach Darstellung der Fraktion DIE LINKE. in diversen Studien verschiedener Hochschulen und Forschungsinstitute hinreichend belegt. Die Antragsteller legen dar, dass ihrer Ansicht nach im ländlichen Raum keine Forschungs- und Bildungsstrukturen, die sich unmittelbar mit der Erforschung von Arbeits- und Lebensbedingungen, mit der theoretischen Erfassung des Entwicklungsbedarfs in ländlichen Räumen sowie mit der Erschließung neuer Potenziale zu dessen nachhaltiger Deckung aus eigener Produktivkraft befassen, existieren.

Der gemeinsam vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) – im Juli 2019 – vorgelegte „(Unser) Plan für Deutschland“ bietet in den Worten der Fraktion DIE LINKE. bestenfalls eine zusammenfassende Problembeschreibung, aber nahezu keine strategischen Ansätze oder Lösungen.

Eine wesentliche Ursache für das aus Sicht der Antragsteller Auseinanderklaffen von formuliertem Anspruch und realistischen Lösungsansätzen ist der Versuch, aus bundespolitischer Draufsicht eine Gesamtschau aller Problemlagen und konsensfähige Lösungsstränge für alle Regionen und über alle politischen Entscheidungsebenen zu entwickeln. Dieser Versuch ist nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. gescheitert.

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/26297 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

in einem ersten Schritt

1. beginnend in der 20. Legislaturperiode (des Deutschen Bundestages), einen zweckgebundenen ressortübergreifenden Förderfonds vorrangig aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) sowie aus Förderprogrammen des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und des BMI aufzulegen;

2. diesen Förderfonds dazu zu nutzen, um unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) Forschungs- und Kompetenzzentren für die Belange der ländlichen Räume aufzubauen und diese Forschungs- und Kompetenzzentren in besonders ländlich geprägten Regionen anzusiedeln;
3. die Forschungszentren damit zu beauftragen, sich mit u. a. folgenden Themen zu beschäftigen:
 - a) Speziell für die Lebens- und Arbeitsbedürfnisse des ländlichen Raumes Forschungsthemen zu formulieren, die sich aus den vorliegenden Studien zum ländlichen Raum ableiten lassen;
 - b) eine entsprechende Förderarchitektur zu erarbeiten, die die Entwicklung und den Aufbau von Forschungs- und Ausbildungsstrukturen im ländlichen Raum unterstützt;

auf Basis von und parallel zu den Erkenntnissen der Forschungszentren, der entwickelten Förderarchitektur sowie mit den Mitteln des ressortübergreifenden Förderfonds in einem zweiten Schritt insbesondere

4. den Bundesländern zu ermöglichen, über Verwaltungsvereinbarungen und Kofinanzierungskonzepte zwischen Bund und Ländern entsprechende dem Bedarf angemessene Forschungs- und Ausbildungsstrukturen in den ländlichen Gebieten zu realisieren;
5. für die Leitungs- und Arbeitsstruktur der dort zu gründenden Forschungs- und Bildungsstätten eine Frauenquote von 50 Prozent vorzugeben;
6. über die bundesweite Themensammlung hinaus vertiefende Forschungsschwerpunkte regional zu verankern und den Wiederaufbau kommunaler und regionaler Kompetenzen zu stärken:
 - a) Regionalspezifische Themensetzungen;
 - b) (Wieder-)Aufbau kommunaler und regionaler Kompetenzen;
7. an den neu zu gründenden bzw. zu erweiternden Forschungs- und Bildungsstandorten Förderkonzepte zur Schaffung von modernen, ausreichenden und neuen Wohnformen sowie neuer Mobilitätsmodelle mit Bundesmitteln zu unterstützen.

Die so entstehenden Kompetenzzentren, Forschungs- und Ausbildungsstrukturen sollen dem Gemeinwohl verpflichtet sein und als beratende Schnittstellen zwischen dem Bund und regionalen Akteurinnen und Akteure neue Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft kreieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 125. Sitzung am 3. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/26297 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 89. Sitzung am 24. Februar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/26297 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 66. Sitzung am 3. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/26297 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat in seiner 73. Sitzung am 3. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/26297 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Zu den Buchstaben a und b

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/26297 in seiner 75. Sitzung am 3. März 2021 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. gehe, wie von anderen Fraktionen dargelegt worden sei, weit über das Ziel hinaus, insbesondere, was das Thema Forschungseinrichtungen und Wissen über die ländlichen Räume angehe. Deutschland habe eine Fülle von Instituten, Institutionen, Verbänden, Vereinigungen und privaten Initiativen, die sich mit dem Thema beschäftigten. Ihre Arbeit sei insgesamt ausgesprochen vielseitig. Es gebe in Deutschland nicht „den“ klassischen ländlichen Raum, sondern es existierten unterschiedliche Regionen. Um die Metropolregionen z. B. existiere eine völlig andere Situation als in strukturschwachen Bereichen, wo sich insbesondere durch Veränderung der Arbeitswelt schwierige Strukturen ergeben hätten. Für die Fraktion der CDU/CSU sei wichtig, dass das Wissen über die vorhandenen Fördermöglichkeiten, u. a. über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) oder die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), zusammengeführt werden müsse, weil die vorhandenen Möglichkeiten, die z. B. durch die Förderinstrumente der Europäischen Union (EU) und anderer bestünden, teilweise den Verantwortlichen vor Ort nicht immer bekannt seien. Dafür gebe es gute Ansätze. Der Berichterstatter der Fraktion der CDU/CSU erinnere daran, dass es z. B. in Schleswig-Holstein eine Akademie für die ländliche Räume gebe, wo gerade solche Dinge durch Information an die verschiedenen Träger der Belange herangetragen würden. Dieser Weg sollte bundesweit fortgesetzt werden. Die Fraktion der CDU/CSU sehe mit großer Freude, dass das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) neue Strukturen bei seiner Ressortforschung schaffe, indem es z. B. im Bereich des Johann Heinrich von Thünen-Instituts (Thünen-Institut) das neue Institut für Innovation und Wertschöpfung in Ländlichen Räumen in Höxter ansiedeln wolle. Verwiesen werden müsse zudem auf das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE), das zusätzlich neue Möglichkeiten eröffne. Ein wichtiger Punkt sei zudem, dass sich die Politik genauer ansehen müsse, wie sie alles das, was mit den neuen Technologien bzw. mit der Digitalisierung zusammenhänge, auch für die ländlichen Räume verstärkt nutzbar machen könne. Mit der Digitalisierung ergäben sich neue Chancen, die ländlichen Räume für Bereiche zu entwickeln, an die vorher nicht gedacht worden sei. Der gesamte Bereich u. a. der Homeoffice-Arbeit eröffne für sie große Chancen. Daher müsse in diesem Bereich weiter vorangekommen werden. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei von seinen Forderungen her nicht nur viel zu teuer, sondern verkenne, dass es eher ein Umsetzungs- statt ein Wissensdefizit gebe.

Die **Fraktion der SPD** bemerkte, grundsätzlich sei es richtig, dass der ländliche Raum und die strukturschwachen Regionen, gerade auch im Bereich Bildung, Forschung und Wissenschaft, gestärkt und gefördert werden müssten. Die Fraktion der SPD sei allerdings der Meinung, dass es zum einen u. a. auf EU-Ebene ausreichende Förderinstrumente, wie z. B. den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und den EFRE gebe und zum anderen auf nationaler Ebene zahlreiche Institute existierten, die schon zu und in ländlichen Räumen forschten. Bekannt sei zudem, dass das Thünen-Institut am Standort Höxter das Thünen-Institut für Innovation und Wertschöpfung in Ländlichen Räumen ansiedeln werde sowie das Institut für ländliche Räume des Thünen-Instituts zu einem Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen weiterentwickelt werde. Es gebe ferner bereits diverse Hochschulen wie z. B. die Universität Vechta und die Hochschule Koblenz, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Ressortforschungseinrichtungen, die sich mit Strategien für den ländlichen Raum erfolgreich beschäftigten. Die Fraktion DIE LINKE. müsse sich daher fragen lassen, wo der Vorteil ihres Antrages liegen würde und wo genau ein zusätzlicher Wissenschaftsschwerpunkt vom Bund angesiedelt werden sollte, ob es z. B. die Uckermark, der Altmarkkreis, das Wendland oder Ostfriesland sein sollte. Die vorhandenen Strukturen halte die Fraktion der SPD für ausreichend. Gleichwohl sei es richtig, darauf hinzuwirken, dass sie besser genutzt würden, um deren Output zu verbessern. Daher müsse der Wissenstransfer besser organisiert werden, damit die Erkenntnisse, die entwickelt würden, tatsächlich dort hinkämen, wo sie benötigt würden und umgesetzt werden müssten. Zu Beginn 2020 sei das neue gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen, welches im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 19. Wahlperiode vereinbart worden sei, gestartet worden. Im Rahmen der Umsetzung der Ergebnisse der von der Bundesregierung

eingerrichteten Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ sei zudem ein Fördersystem auf den Weg gebracht worden, was z. B. die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen direkt im ländlichen Raum befördern werde.

Die **Fraktion der AfD** betonte, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei aus mehreren Gründen abzulehnen. Zunächst sei festzustellen, dass die Forderung des Aufbaus von Forschungs- und Kompetenzzentren in den ländlichen Regionen vor dem Hintergrund der Frage, wer eigentlich bestimme, was ländlich sei, den Föderalismus angreife bzw. ihn im besten Fall umgehe. Die Fraktion DIE LINKE. wolle für den Aufbau dieser Forschungs- und Kompetenzzentren in den ländlichen Regionen Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) sowie der GAK verwenden. Diese müssten jedoch von den Bundesländern kofinanziert werden. Das bedeute, dass die Fraktion DIE LINKE. mit ihrem Antrag die Bundesländer verpflichten würde, Mittel zur Kofinanzierung bereitzustellen, um Forschungs- und Kompetenzzentren aufzubauen, auf deren inhaltliche Ausrichtung die Bundesländer keinen Einfluss hätten. Das lehne die Fraktion der AfD entschieden ab. Die Fraktion DIE LINKE. schreibe in der Einleitung ihres Antrags, dass bestehende Entwicklungstendenzen der ländlichen Räume bereits in zahlreichen Studien verschiedener Hochschulen und Forschungsinstitute hinreichend belegt worden seien. Die Begründung für die Finanzierung weiterer Strukturen in dieser Richtung erscheine der Fraktion der AfD nicht zielführend. Die Probleme seien lange bekannt. Leider werde im Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit keiner Silbe erwähnt, wie hoch die Kosten für ihre Forderungen insgesamt wären. Die Fraktion der AfD gehe von sehr hohen Kosten aus. Es wäre Geld, was an anderen wichtigen Stellen in Deutschland fehlen würde. Zudem lehne die Fraktion der AfD die von der Fraktion DIE LINKE. beabsichtigte Frauenquote von 50 Prozent für die Leitungs- und Arbeitsstruktur der zu gründenden Forschungs- und Bildungsstätten ab. Stellen sollten nach Auffassung der Fraktion der AfD stets nach Eignung, Befähigung und Leistung besetzt werden.

Die **Fraktion der FDP** äußerte, es sei sehr richtig und wichtig, dass sich die Politik intensiver mit den ländlichen Räumen in Deutschland beschäftigen müsse. Diese verfügten von „ganz oben“ – von Schleswig-Holstein – bis „runter“ – nach Bayern – an die Grenzen unserer Nachbarländer über eine Fülle von Facetten und zeichneten sich durch Vielfältigkeit aus. Diese große Vielfalt sei auch mit entsprechenden Herausforderungen verbunden. Aus Sicht der Fraktion der FDP müsse dazu übergegangen werden, dass die Politik auch bei den Förderprogrammen für die ländlichen Räume in mehr Facetten und vielfältiger denken müsse. Ein Programm müsse nicht für alle Regionen gleichermaßen gelten, sondern es müsse viel individueller angedacht werden. Positiv finde die Fraktion der FDP am Antrag der Fraktion DIE LINKE. das Konnexitätsprinzip sowie die geforderte Behördenansiedlung des Bundes in ländlichen, strukturschwächeren Regionen. Der Freistaat Bayern schreite bei diesem Weg, der auch technologieorientierte Anwenderzentren berücksichtige, seit längerer Zeit gut voran. Dieser Weg, der heute schon möglich sei, sollte in ganz Deutschland stärker forciert werden. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei ansonsten davon geprägt, dass er im Gießkannenprinzip viel Geld umverteilen wolle. Der Ansporn an die Kommunen, die in den ländlichen Räumen elementar seien, weil sie den Handlungs- und Gestaltungsspielraum hätten, bleibe dabei außer Acht. Stattdessen fordere die Fraktion DIE LINKE. auf Bundesebene die Auflegung von zahlreichen Förderprogrammen, die komplizierter, bürokratischer und nahezu nicht abrufbar wären. Stattdessen müsse Deutschland im Handeln schneller sowie unbürokratischer werden, damit die Kommunen tatsächlich mehr Gestaltungsspielraum bekämen. Das sei eines der wichtigsten Themen, wenn über die ländlichen Räume gesprochen werde. Wenn an die Wirtschaft gedacht werde, dürfe die Politik nicht den Unternehmen, insbesondere dem Mittelstand, die „Luft zum Atmen nehmen“, sondern sollte eine entschiedene Entbürokratisierung anwenden, damit Deutschland auch in Zukunft über ländliche Räume mit Wirtschaftssystemen vor Ort verfüge. Wenn, wie im Antrag der Fraktion DIE LINKE., an neue Strukturen gedacht werde, sollte die Politik vielfältiger denken. Der von der Fraktion DIE LINKE. geforderte Quotenansatz bei den Leitungs- und Arbeitsstrukturen von Forschungs- und Bildungsstätten sei nicht gut genug. Auch da müsse die Politik vielfältiger werden, z. B. in der Frage, wie es mit der Kinderbetreuung (z. B. die U3-Betreuung) quer durchs Land aussehe, die in ländlichen Regionen nahezu nicht vorhanden sei.

Die **Fraktion DIE LINKE.** legte dar, ihr Antrag stehe im Zusammenhang mit der Entwicklung des ländlichen Raumes in Deutschland. Bereits in der Sitzung des Ausschusses am 24. Februar 2021 sei auf Anforderung der Fraktion DIE LINKE. über die Schlussfolgerungen der Bundesregierung zu ihrem Dritten Bericht zur Entwicklung der ländlichen Räume diskutiert worden. Dabei habe die Fraktion DIE LINKE. kritisiert, dass bisher sowohl im Ausschuss und auch im Plenum die Themen Entwicklung der ländlichen Räume sowie Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse unzureichend behandelt worden seien. Mit ihrem Antrag wolle sie einen weiteren wichtigen Impuls setzen, dass sich das Parlament mit dem Thema stärker auseinandersetze. Es gehe der Fraktion DIE

LINKE. insbesondere darum, dass für den ländlichen Raum nicht von Seiten des Deutschen Bundestages oder aus den Länderparlamenten heraus Modellvorhaben entwickelt würden, die dann ggf. durch die Kommunen oder durch die Regionen mit Förderanträgen bedient werden müssten, sondern gemäß des Grundgesetzes die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum insgesamt sichergestellt werde. Dazu würden Strukturen gebraucht, die mit wissenschaftlicher Begleitung die nachhaltige ökologische und ökonomische Entwicklung des ländlichen Raumes im Auge hätten. Die Fraktion DIE LINKE. fordere die Einrichtung eines ressortübergreifenden Förderfonds, der sich aus Mitteln der GRW, der GAK sowie aus Mitteln des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) zusammensetze. Die Federführung für diesen Förderfonds sollte dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) obliegen. Mit ihm sollte in den strukturschwachen Regionen der ländlichen Räume die Möglichkeit eröffnet werden, durch den Aufbau von Förder- und Kompetenzzentren die ländliche Raumentwicklung wissenschaftlich zu begleiten. Hierbei gehe es der Fraktion DIE LINKE. darum, die wirtschaftliche Entwicklung mit der sozialen und der gesellschaftlich-demokratischen Entwicklung zu verknüpfen, damit für die Menschen vor Ort selbst Instrumentarien geschaffen würden, die ggf. in der Lage seien, dauerhaft und nachhaltig – und nicht immer nur über Förderinstrumente und Modellvorhaben – die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, sie könne die Zielsetzung des Antrags der Fraktion DIE LINKE., Forschung und Lehre im und auch über den ländlichen Raum zu stärken, nachvollziehen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teile auch die Ansicht, dass besonders in den ländlichen Regionen selbst Wissen generiert werden müsse, um eine angemessene und eine zielführende Politik für ländliche Räume zu entwickeln. Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei davon überzeugt, dass an den Förderstrukturen, insbesondere im Bereich Bildung und Ausbildung, gearbeitet werden müsste sowie regionale und kommunale Kompetenzen gestärkt werden müssten. Sie sehe aber an dieser Stelle weniger ein Wissensdefizit als vielmehr ein Handlungsdefizit. In den Regionen fehle es nicht unbedingt an Wissen oder Lösungsansätzen, sondern vielfach an den Möglichkeiten zur Umsetzung. Zudem fehle auf Bundesebene eine Strategie. Es wäre spätestens jetzt der richtige Zeitpunkt, eine solche Strategie von Seiten der Bundesregierung zu entwickeln. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehe ein größeres Potenzial, die praktische Umsetzung zu fördern, z. B. durch Einführung einer zielgerichteten und verständlichen Förderung unter anderem im Rahmen einer neuen Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“, die sie schon in mehreren Anträgen thematisiert hätte, d. h. z. B. durch Regionalbudgets sowie durch die Vernetzung und Beratung bei der praktischen Umsetzung von Projekten. Deshalb müsse über die Umsetzung auch vor Ort ins Gespräch gekommen werden. Der Ansatz, der im Antrag der Fraktion DIE LINKE. beschrieben sei, sei von seiner Zielsetzung her positiv und werde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geteilt, aber in der beschriebenen Forschungsstruktur scheine ihr in dieser vorgelegten Form Kosten und Nutzen nicht im Verhältnis zu stehen, weil die Einrichtung dieser Struktur sehr aufwendig und teuer wäre und lange dauern würde. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde hier andere Prioritäten setzen und werde sich deshalb bei diesem Antrag der Fraktion DIE LINKE. enthalten.

3. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/26297 abzulehnen.

Berlin, den 3. März 2021

Dr. Michael von Abercron
Berichtersteller

Hiltrud Lotze
Berichterstatlerin

Wilhelm von Gottberg
Berichtersteller

Nicole Bauer
Berichterstatlerin

Heidrun Bluhm-Förster
Berichterstatlerin

Harald Ebner
Berichtersteller